Stand: 13.12.2025 08:19:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2913

"Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen II - Alleinerziehende vor Armut schützen!"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/2913 vom 22.08.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4117 des SO vom 06.11.2014
- 3. Beschluss des Plenums 17/4556 vom 27.11.2014
- 4. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.08.2014 Drucksache 17/2913

## **Antrag**

der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD

Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen II – Alleinerziehende vor Armut schützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" zu ziehen und unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um Alleinerziehende sowie ihre Kinder vor Armut zu schützen.

Folgende Aspekte sind zügig umzusetzen:

- Anpassung der Betreuungsinfrastruktur an den Bedarf an Betreuungsplätzen und Verbesserung des Angebots insbesondere in den sogenannten Randzeiten zur bestmöglichen Vereinbarung von Familie und Beruf;
- Stärkung und Ausbau der Familienstützpunkte in Bayern, um den betroffenen Frauen und Männern wohnortnah und niedrigschwellig Beratungs- sowie Hilfsangebote unterbreiten zu können und sie in ihrer besonderen Situation bestmöglich zu unterstützen;
- Verbesserung der finanziellen Unterstützung von Alleinerziehenden durch gerechte, einkommensabhängige Familienförderung sowie durch steuerliche Entlastungen auf Bundesebene unterstützen;
- Erweiterung der Qualifizierungs- und Bildungsmöglichkeiten für Alleinerziehende, insbesondere die Möglichkeiten zur Teilzeitausbildung, im Bund unterstützen;
- Maßnahmen am Arbeitsmarkt auf Bundesebene mit voranbringen – gleiche Entlohnung für Frauen, schnelle Rückkehr in Vollzeittätigkeit, Missstände in atypischer Beschäftigung verhindern.

Nur durch die genannten Maßnahmen können alleinerziehende Männer und Frauen ihre Familie und eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit bestmöglich vereinbaren und mit angemessener Entlohnung dafür Sorge tragen, den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder zu sichern sowie das Armutsrisiko zu reduzieren.

#### Begründung:

Laut dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013", den das Ministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration im April 2014 veröffentlichte, leben in Bayern rund 388.000 Alleinerziehende - 85 Prozent von ihnen sind Frauen. Die Zahl der Haushalte mit Alleinerziehenden in Bayern ist damit zwischen den Jahren 2000 und 2012 um 24,8 Prozent bei Alleinerziehenden mit einem Kind, bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern um 26,2 Prozent gestiegen. Im landesweiten Vergleich haben Alleinerziehende in Bayern den niedrigsten Lebensstandard aller Personengruppen, viele von ihnen sind akut armutsgefährdet. Das Armutsrisiko steigt zudem mit der Anzahl der Kinder: Mit einem Kind liegt das Risiko bei 41 Prozent, mit zwei Kindern liegt es bereits bei 45 Prozent. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da nicht nur die Alleinerziehenden armutsgefährdet sind, sondern auch ihre Kinder einem enormen Risiko ausgesetzt sind. Alleinerziehende und ihre Kinder sind daher in besonderer Weise auf die Unterstützung von Staat und Gesellschaft angewiesen, um negative Folgen für die Zukunft insbesondere die der Kinder – zu vermeiden.

Der nachhaltigste Schutz vor Armut ist die (sozialversicherungspflichtige) Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden, der diese Personengruppe jedoch aufgrund der aktuellen Betreuungsinfrastruktur in Bayern und den unzureichenden Unterstützungsangeboten für alleinerziehende Männer und Frauen nur eingeschränkt nachkommen kann. Um die Situation für Alleinerziehende zu verbessern und sie und ihre Kinder vor Armut zu schützen, müssen daher umgehend Maßnahmen auf Landesebene ergriffen sowie Verbesserungsvorschläge auf Bundesebene unterstützt werden:

Auf Landesebene muss die Staatsregierung dafür sorgen, dass ein bedarfsdeckendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und Ganztagsangeboten bereitgestellt wird, um so die entscheidenden Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alleinerziehende Eltern ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder durch eigene Erwerbstätigkeit sichern können. Daher muss die Zahl der zur Verfügung stehenden Betreuungsplätze dem weiterhin steigenden Bedarf an ebendiesen Plätzen angepasst werden: Das Deutsche Jugendinstitut ging aufgrund einer Studie aus dem Jahr 2012 für den Freistaat Bayern von einem durchschnittlichen Bedarf von 31,6 Prozent aus, mittlerweile darf mit einem weiteren Anstieg des Bedarfs auf rund 40 Prozent gerechnet werden. Aktuell fehlen in Bayern allerdings noch immer rund 4.000 Betreuungsplätze, um zumindest den Bedarf von 31,6 Prozent decken zu können.

Betreuungsplätze fehlen vor allem auch in den sogenannten Randzeiten, in denen eine gut ausgebaute und qualitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur dringend notwendig ist, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Im März 2013 hatten nach Angaben des Sozialministeriums lediglich rund 7,5 Prozent der bayerischen Kindertageseinrichtungen bereits vor 7 Uhr morgens geöffnet und nur etwa 1,2 Prozent aller Einrichtungen bot Öffnungszeiten nach 18 Uhr an. Hier besteht dringender Handlungsbedarf: Die Kindertageseinrichtungen müssen endlich mit angemessenen finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden, damit die Einrichtungen ihre Angebote in den Randzeiten erweitern können. Nur so werden Alleinerziehenden die richtigen Rahmenbedingungen geboten, die es ihnen ermöglichen, nicht nur einer geringfügigen Beschäftigung nachzugehen. sondern auch eine Vollzeitstelle ohne Probleme zu belegen. Darüber hinaus eröffnet es den von Armut bedrohten Kindern umfassende Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten.

Darüber hinaus müssen die Familienstützpunkte in Bayern gestärkt und flächendeckend ausgebaut werden. Familienstützpunkte sind Einrichtungen, die Kinder und Familien in ihrer Entwicklung und der Bewältigung des täglichen Lebens unterstützen und fördern. Sie bieten neben Bildungsangeboten auch Beratungsleistungen – beispielsweise im Gesundheitsbereich –, Erziehungshilfe und Betreuungsleistungen unter einem Dach. Familienzentren haben individuelle auf ihre Region/Stadtviertel abgestellte Profile mit sozialräumlicher Betrachtung und erfüllen ihre Aufgaben wohnortnah und niedrigschwellig. In der Vergangenheit haben sich diese Angebote als besonders wertvoll erwiesen und können insbesondere für Alleinerziehende bedarfs- und situationsgerechte Hilfen und Unterstützung im Alltag bieten.

Zudem müssen die Chancen von Alleinerziehenden insbesondere von Frauen - auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Dazu sollen zum einen die Qualifizierungs- und Bildungsmöglichkeiten für junge Alleinerziehende weiter verbessert werden, indem beispielsweise ein Rechtsanspruch für das Nachholen des Schulabschlusses eingeführt wird. Dazu muss das Angebot für Teilzeitausbildungen erweitert und der Zugang sowie die Rahmenbedingungen verbessert werden. Da über ein Drittel der alleinerziehenden Frauen nach der Geburt des Kindes in Minijobs oder in Teilzeit arbeitet, wird die Staatsregierung aufgefordert, Initiativen auf Bundesebene zu unterstützen, die die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Dazu zählen die Sicherstellung der Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern, die Verhinderung von Missständen in atvoischer Beschäftigung sowie eine Vereinfachung der Rückkehr aus der Elternzeit in einer Vollzeittätigkeit. Denn nur mit diesen Rahmenbedingungen können Alleinerziehende mit ihrer Erwerbstätigkeit ein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften.

Aber auch die finanzielle Unterstützung für Familien muss gerechter gestaltet werden, indem beispielsweise der Unterhaltsvorschuss auch über das 12. Lebensjahr der Kinder hinaus bezogen werden kann. Es ist auch wichtig auf Bundesebene auszuloten, wie die steuerliche Benachteiligung von Alleinerziehenden beendet werden kann – denn aktuell sind steuerliche Vergünstigungen vor allem Besserverdienenden vorbehalten. Ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld würde zudem insbesondere den Geringverdienern, also auch Alleinerziehenden, zugute kommen.

# **Bayerischer** Landtag

17. Wahlperiode

**Drucksache** 17/4117 06.11.2014

# Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD Drs. 17/2913

Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen II - Alleinerziehende vor Armut schützen!

#### Beschlussempfehlung:

Ablehnung

**Doris Rauscher** Berichterstatterin: **Judith Gerlach** Mitberichterstatterin:

#### II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 16. Oktober 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 6. November 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

#### Joachim Unterländer

Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

27.11.2014 Drucksache 17/4556

## **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD

Drs. 17/2913, 17/4117

Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen II – Alleinerziehende vor Armut schützen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures** 

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Abstimmung** 

über eine Verordnung und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Nachdem Ihnen allen inzwischen die Beschlussempfehlung vorliegt, können wir diesen Tagesordnungspunkt noch vor der Mittagspause erledigen. Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 6 bis 10, die bereits zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden sind. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die namentliche Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 11 – "Behandlung von pechhaltigem Straßenaufbruch in Bayern" – wurde bereits angekündigt. Diese Abstimmung wird nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen und nicht mehr jetzt unmittelbar. Das möchte ich der Ordnung halber sagen, sodass sich jeder darauf einstellen kann.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir pünktlich um 13.30 Uhr Tagesordnungspunkt 3, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, aufrufen werden.

Bis dahin unterbreche ich die Sitzung zur Mittagspause.

(Unterbrechung von 13.01 bis 13.32 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verordnung und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7

(Tagesordnungspunkt 9)

## Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(ENTH) oder	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

#### Verordnung

 Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung gemäß Art. 11 Abs. 1 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes zum Entwurf einer Verordnung über den Abfallwirtschaftsplan Bayern (AbfPV) Drs. 17/2514, 17/4305 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			ENTH

#### Anträge

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Effektive Kontrollen in der Forensik – Würde psychisch Kranker wahren! Drs. 17/675, 17/4111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD Asylsozialberatung nicht auf die Landkreise übertragen Drs. 17/1635, 17/4071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Obersalzberg: Zuständigkeit des IfZ erhalten Drs. 17/1811, 17/4309 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Frauenhäuser und Notrufe in Bayern I Einrichtung von Interventions- und Beratungsstellen mit einem pro-aktiven Beratungsansatz Drs. 17/2111, 17/4100 (A)

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Frauenhäuser und Notrufe in Bayern II Anpassung der Fördersätze für Frauenhäuser und Notrufe an die Kosten- und Gehaltsentwicklung Drs. 17/2112, 17/4101 (A)

#### der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Frauenhäuser und Notrufe in Bayern III
 Überprüfung der fachlichen und personellen Vorgaben sowie der
 Versorgungsquoten aus dem "Gesamtkonzept für Frauenhäuser in Bayern"
 auf der Basis einer bayernweiten Bedarfsanalyse
 Drs. 17/2113, 17/4107 (A)

#### der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauenhäuser und Notrufe in Bayern IV
Einrichtung regionaler Fachberatungsstellen zur Prävention und Intervention bei Gewalt gegen Frauen mit Behinderung
Drs. 17/2114, 17/4108 (A)

#### der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Frauenhäuser und Notrufe in Bayern V
 Spezialisierte und barrierefrei zugängliche Schutz- und Beratungsangebote
 für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit Behinderung und für Frauen
 mit einer psychischen Erkrankung ausbauen
 Drs. 17/2115, 17/4109 (A)

#### der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD

Ausbau der Elektrifizierung des Lückenschlusses der Franken-Sachsen-Magistrale von Hof nach Nürnberg mit Anschluss von Bayreuth nach Cheb unverzüglich auf den Weg bringen Drs. 17/2288, 17/4404 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Franz Schindler, Reinhold Strobl u.a. SPD Verbesserte Schienenverbindung nach Prag Drs. 17/2289, 17/4405 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Karl Freller, Erwin Huber u.a. CSU Elektrifizierung der Bahnstrecke Nürnberg – Sulzbach-Rosenberg – Amberg – Schwandorf – Furth im Wald – Prag Drs. 17/2355, 17/4406 (E)

#### Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Angemessenes Hilfsangebot für Opfer häuslicher Gewalt in Bayern schaffen (I) Drs. 17/2455, 17/4110 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Angemessenes Hilfsangebot für Opfer häuslicher Gewalt in Bayern schaffen (II) Drs. 17/2456, 17/4112 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Situation der Ehe-, Partnerschafts-, Familien- und Lebensberatung verbessern Drs. 17/2517, 17/4113 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD Vermittlung interkultureller Kompetenz für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern und interkulturelle Öffnung desselben in Bayern Drs. 17/2554, 17/4325 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Modellprojekte zur generalistischen Pflegeausbildung in Bayern Drs. 17/2555, 17/4401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Horst Arnold, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger SPD, Martin Stümpfig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Barrierefreier Ausbau Bahnhof Ansbach Drs. 17/2613, 17/4407 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

20. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Maßnahmen zum Schutz des Bergwalds: Durchführung einer Anhörung zur aktuellen Situation des Bergwalds Drs. 17/2647, 17/4300 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Intensivierung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule
nicht in Frage stellen und solides und langfristiges Fundament ermöglichen
Drs. 17/2677, 17/4368 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Investitionsplan für Büchereien und öffentliche Mediatheken Drs. 17/2769, 17/4367 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Breitbandförderung: Pool-Lösung für interkommunale Zusammenarbeit Drs. 17/2830, 17/4288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

Antrag der Abgeordneten Norbert Dünkel, Oliver Jörg,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Studienplatzkapazitäten im sonderpädagogischen Bereich ausweiten
Drs. 17/2844, 17/4310 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer-Stäblein, Judith Gerlach u.a. CSU Differenzierung des Gewichtungsfaktors für Kinder unter drei Jahren Drs. 17/2846, 17/4116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Anreize für interkommunale Aktivitäten prüfen Drs. 17/2847, 17/4291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

27.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Konsequenzen aus der NSU-Mordserie: Erfassung politisch motivierten
	Kriminalität reformieren – Antimuslimische Straftaten sichtbar machen!
	Drs. 17/2851, 17/4282 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger u.a. CSU Einheitliches Bayerisches Messekonzept Drs. 17/2867, 17/4408 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD

Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen I – Situation von Menschen mit Behinderung auch im jährlichen Datenreport analysieren

Drs. 17/2912, 17/4139 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen II – Alleinerziehende vor Armut schützen! Drs. 17/2913, 17/4117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schluss mit dem Befristungsdilemma für Junglehrkräfte an Fachoberschulen und Berufsoberschulen Drs. 17/3093, 17/4326 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Planungen der Staatsregierung im Bereich Fußball-Fankultur Drs. 17/3096, 17/3888 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Beteiligung Bayerns am bundesweiten Projekt für Verbraucherberatung im Pflegebereich Drs. 17/3102, 17/4302 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Hochwasserschutz vorantreiben: Entschädigung von land- und fortwirtschaftlichen Flächen Drs. 17/3104, 17/4304 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		A

55. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zum Modellprojekt "Schulen und Umweltstationen kooperieren" Drs. 17/3105, 17/4363 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzept für ein Storchenzentrum im Aischgrund Drs. 17/3108, 17/4303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Α

Die SPD-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wegfall des Versorgungszuschlags für Krankenhäuser verhindern! – Keine Kürzungen in der Krankenhausvergütung vornehmen Drs. 17/3196, 17/4402 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD

Konsequenzen aus dem Bericht "Soziale Lage in Bayern 2013" ziehen III – Jugendberufsagenturen flächendeckend einrichten! Drs. 17/3235, 17/4140 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft der Insolvenzberatung in Bayern sichern I – Neuordnung der Schuldner- und Insolvenzberatung Drs. 17/3202, 17/4262 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

#### der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gymnasialkonzept: Rolle der Ministerialbürokratie aufklären und Schranken aufzeigen
Drs. 17/3363, 17/4166

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

#### der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern Drs. 17/3393, 17/4167

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

#### der den Antrag für erledigt erklärt hat

42. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bericht über Maßnahmen für den Fall des Auftretens der Ebola-Erkrankung in Bavern

Drs. 17/3713, 17/4183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Florian Herrmann, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Aufklärung über die Ebola-Epidemie und ihre möglichen Folgen für den Freistaat Drs. 17/4089, 17/4184 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ulrich Leiner, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Situation der bayerischen Krankenhäuser verbessern! Drs. 17/2523, 17/4400 (E)

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z